

Wenn „Demokratie fördern“ zu „Demokratie verteidigen“ wird: Bedrohungslagen und *contested spaces* der postmigrantischen (Zivil-)Gesellschaft

Anja Schöll

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) |
schoell@dezim-institut.de | <https://orcid.org/0009-0009-4631-1211>

Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland, die im Bereich Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung tätig sind, sind mit Bedrohungslagen konfrontiert. Eine Analyse basierend auf Mixed-Method-Erhebungen mit 78 „Demokratie leben!“-Projekten und 50 weiteren anonymen Organisationen zeigt einen Anstieg von Bedrohungen – darunter Hate Speech, Diskriminierung und störende Übergriffe – zwischen 2020 und 2024. Besonders betroffen sind Organisationen in strukturschwachen Regionen sowie jüdische, migrantische und queere Einrichtungen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen zunehmend zwischen Demokratieförderung und (Selbst-)Verteidigung agieren müssen. Während konkrete Bedrohungen den Handlungsspielraum einschränken, entwickeln Organisationen Gegenstrategien und erarbeiten Sicherheitskonzepte. In aktuelle Literatur eingeordnet zeigt sich, dass von einem *contested space* gesprochen werden kann statt eines *shrinking space*. Es bedarf neben Beratungsangeboten, staatlicher Unterstützung und langfristiger Finanzierung insbesondere Sicherheitsmaßnahmen und Vernetzung, um die Resilienz der postmigrantischen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zu stärken.

Schlagwörter: Bedrohungslagen; Demokratietarbeit; Shrinking Space; Zivilgesellschaft

When “promoting democracy” turns into “defending democracy”: Threat scenarios and contested space of post-migrant (civil) society in Germany

Abstract

This study examines the threat situations of civil society organizations in Germany that are active in the field of diversity and anti-discrimination. Based on mixed-method data from 78 “Demokratie leben!” projects and 50 other anonymous organizations, the analysis shows an increase in threats, including hate speech, discrimination, and disruptive attacks, between 2020 and 2024. Organizations in structurally weak regions, as well as Jewish, migrant, and queer organizations, are particularly affected.

The results underline that civil society actors increasingly have to balance the promotion of democracy and (self-)defense. While concrete threats limit the scope of action, organizations develop counter-strategies and establish security concepts. In reference to current literature, the results show that we can speak of a “contested space” instead of a pure “shrinking space”. In addition to advisory services, state support, and long-term funding, security and protective measures are needed to strengthen the resilience of post-migrant civil society actors.

Keywords: threat scenarios; democracy; shrinking space; civil society

1. Der demokratische Auftrag einer (postmigrantischen) Zivilgesellschaft

Die demokratische Stabilität wird auf die Probe gestellt (Merkel 2024), denn in den letzten Jahren wirken Herausforderungen und Krisen auf das plurale demokratische System. Antidemokratische Positionen, rechtsextreme Ideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstärken sich deutlich (Zick/Küpper/Mokros 2023). Durch gezielte zivilgesellschaftliche Projekte der Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung sollen diese Herausforderungen angegangen werden (Schöll/Schmit 2025) und Zivilgesellschaft fördert und fordert Rechenschaftspflicht, Repräsentation und Beteiligung (Strachwitz/Hummel 2024: 12). Sie leistet wichtige Beiträge, um Gleichstellung und sozialen Zusammenhalt – vor allem in einer pluralen Gesellschaft (Bostanci/Ilgün-Birhimeoğlu 2024) – zu stärken, indem sie auf den Ebenen der Toleranz im Pluralismus, Teilhabe, des Selbstwirksamkeitserlebens, der politischen Bildung und des „sozialen Gleichgewichts“ in einer Demokratie (social balance; vgl. das Hexagon der demokratischen Gesellschaft; Strachwitz/Hummel 2024) ansetzt. Während also zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige Räume angesehen werden, in denen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit entgegengewirkt werden kann (Lenhart/Roth 2023), werden sie zunehmend selbst zur Zielscheibe von Anfeindungen (Litschko 2024; Ohlendorf 2025).

1.1 *Shrinking (civic) spaces* oder *contested (civic) spaces*?

Es entsteht das Paradox, dass gleichzeitig ein Wachstum der Zivilgesellschaft zu beobachten ist (Troschke 2024), aber auch Druck auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Verdrängung und Anfechtung – *shrinking (civic) space* – zunehmen. Diese Gleichzeitigkeit nennt Hummel (2020) *contested space* und beschreibt damit die Verteidigung des herausgeforderten zivilgesellschaftlichen Raumes gegen autoritäre Tendenzen. *Shrinking space* bezeichnet die systematische Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume. Ursprünglich konzipiert für autoritäre Regime, kann dies zunehmend auch in westlichen Demokratien beobachtet werden (Anheier/Lang/Toepler 2019; Hayes 2017). In einem „shrinking civic space by softer means“ (Strachwitz/Toepler 2022) werden durch regulatorische Rahmenbedingungen (z. B. Kontrolle oder Einschränkung von Finanzierungen, unverhältnismäßige Rechenschaftsaufgaben und Verwaltungsaufwand) und gesetzliche Rahmenbedingungen (z. B. Gemeinnützigkeitsrecht) Handlungsräume in Frage gestellt (Hummel 2024). Zusätzlich sind viele zivilgesellschaftliche Akteur:innen mit einer Zunahme nicht-staatlicher Einschränkungen konfrontiert, was sich sowohl in (Online-)Hass und Angriffen von rechten Gruppierungen (Sommer/Ratzmann 2022; Leber/Martens/Küpper 2024; Becker et al. 2024b) als auch gezielten Interventionen gegen zivilgesellschaftliche Akteursgruppen (Gensing 2025; Monroy 2025; Reinfrank 2025) äußert.

1.2 Postmigrantische Zivilgesellschaft: demokratiefördernd, diskriminierungskritisch, pluralistisch

Dieser Artikel untersucht Organisationen, die in den Bereichen Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung tätig sind, als spezifischen Sektor der Zivilgesellschaft. Hierfür wird auf das Konzept der „postmigrantischen Gesellschaft“ (Foroutan 2019) zurückgegriffen. Postmigrantisch beschreibt einen Zustand, in dem Migration nicht als zeitlich begrenztes Phänomen, sondern als dauerhafte Realität verstanden wird. Im Mittelpunkt dieser pluraler Gesellschaften steht die Frage, wie ein Einwanderungsland gestaltet werden kann. Solidarische Kooperationen und gemeinsames Handeln bestehen über Differenzkategorien wie Ethnizität, Religion, Geschlecht, Klasse oder kulturelles Erbe hinaus (Foroutan 2019: 173; Aydemir/Yaghoobifarah 2019: 10). Die Demarkationslinie verläuft zwischen denen, die Pluralität akzeptieren und schätzen, und denen, die dies nicht tun (Foroutan 2022). Postmigrantische, zivilgesellschaftliche Akteur:innen setzen sich entsprechend für Pluralität und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Einige Projekte dieser Organisationen werden durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ 2022) gefördert. In den Projektbeschreibungen der „Innovationsprojekte“ (2025–2028) im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“¹ zeigt sich, dass rassismuskritische Bildungsarbeit, diskriminierungskritische Sensibilisierung, Aufbau von Kompetenzen in Bezug auf Diversität sowie die Förderung von Selbstorganisation und Empowerment von marginalisierten Gruppen und Communitys besonders in den Fokus genommen werden. Der zunehmende Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen, die solche Projekte durchführen, bestätigt, was Foroutan (2024) als Prozesse einer „postmigrantische[n] Gesellschaft in der Krise“ beschreibt: Migrationsfeindlichkeit ist Ausdruck gesellschaftlicher Spannungen um Pluralisierung. Damit einher geht das Erstarken politischer Bewegungen und Parteien, die grundsätzliche emanzipatorische Errungenschaften (vom Kampf für Gleichberechtigung über Klimaschutz bis hin zu Gleichstellung und Partizipation von Minderheiten) infrage stellen (Foroutan 2024). Dies manifestiert sich sowohl in der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz migrationsfeindlicher Positionen bis in die politische Mitte hinein als auch in rechtspopulistischen und rechtsextremen Diskursen. Entsprechend stehen nicht nur die Tätigkeiten gegen Rassismus und Migrationsfeindlichkeit unter Druck,

1 Die Projektanträge der Innovationsprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der 3. Förderperiode (2025–2028) wurden im Rahmen der Evaluation durch die Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut, Berlin, mit einer Dokumentenanalyse ausgewertet.

sondern auch der Kampf gegen Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Antifeminismus² sowie der Einsatz für eine pluralistische Demokratie grundsätzlich.

Im Folgenden wird beleuchtet, wie zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Deutschland im Bereich Demokratietarbeit, Vielfaltgestaltung und/oder Antidiskriminierung tätig sind, von einem zunehmend feindseligen politischen Umfeld betroffen sind und wie sie darauf reagieren.

2. Methodik und Forschungsfrage

Die empirischen Erkenntnisse ergeben sich aus Untersuchungen mit zwei Samples: Beim ersten Sample handelt es sich um die Modellprojekte im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ der 2. Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024; n=78). Es wurden Analysen von längsschnitorientierten Mixed-Method-Erhebungen (jährliche Onlinebefragungen und leitfadengestützte Interviews) herangezogen³. Als Folgeuntersuchung zu einer Pilotstudie aus dem Jahr 2020 (Sommer/Ratzmann 2022) wurden Daten zu Bedrohungslagen der „Demokratie leben!“-Projekte erhoben und ausgewertet. Die Zeitpunkte waren jeweils im Frühsommer 2020, 2021 und 2024. Zusätzlich wurde ein Fragenblock zu Auswirkungen und Sorgen aufgrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in einen Onlinefragebogen 2024 aufgenommen, dessen Items sich durch ein exploratives Vorgehen aus den Interview-Daten von 2020–2023 ergaben. Ergänzt werden die quantitativen Daten mit Erkenntnissen aus leitfadengestützten Interviews (relevante Fragen: aktuelle Herausforderungen in der Projektarbeit sowie Einfluss gesellschaftlicher Entwicklungen), die im Frühling 2024 mit den Projektmitarbeitenden der Modellprojekte (n=75) geführt wurden. Die Interviewten hatten sowohl Koordination als auch Umsetzung der Projekte in ihrer Verantwortung. Das zweite Sample besteht aus 50 Organisationen, die im Sommer 2024 zur aktuellen Situation der zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit in Deutschland (identische Items zu Bedrohungslagen wie in den Onlinefragebogen-Items der „Demokratie leben!“-Projekte) in einem Onlinefragebogen befragt wurden (anonym, verteilt über Schneeballsystem). Die Daten aus den drei Datenquellen wurden ad hoc ausgewertet (statistische Analysen mit SPSS und R, qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz 2024 mit MAX-QDA) und trianguliert.

2 Die hier aufgezählten Bereiche entsprechen den Themenfeldern der Modellprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ der 2. Förderperiode (2020–2024), allerdings wurden zur Begriffsschärfung „Islamfeindlichkeit“ und „Antiziganismus“ unter Rassismus (vgl. Begriffsdefinition „Antimuslimischer Rassismus“ und „Rassismus gegen Sinti*ze und Rom*nja“; Neue Deutsche Medienmacher*innen o. D.) und „Sexismus“ unter Antifeminismus (Schmincke 2018) gefasst.

3 Alle Erhebungen in Bezug auf die Modellprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung (N=78) wurden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (gefördert durch das BMFSFJ von 2020–2024) durch die Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut, Berlin, durchgeführt. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

3. Ergebnisse

Insgesamt wird in den Interviews mit den Projektmitarbeitenden der „Demokratie leben!“-Projekte deutlich, dass die Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung größere Relevanz in der deutschen Gesellschaft erhält. Das sei einerseits auf Aufklärungsarbeit zurückzuführen, andererseits haben Krisen und Kriege der letzten Jahre (insbesondere die Coronapandemie, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der 7. Oktober 2023) zu steigenden Diskriminierungsvorfällen und polarisierten Debatten geführt (antiasiatischer Rassismus und Verschwörungstheorien, antislawischer Rassismus und rassistische Anders-Behandlung von Geflüchteten, Antisemitismus und anti-muslimischer Rassismus) (Schöll/Schmit 2025). Die Nachfrage nach Bildungsangeboten zu diesen Themen steigt. Gleichzeitig beschreiben die Projektmitarbeitenden die Bedingungen für politische Bildungsarbeit in der Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierungsarbeit als zunehmend erschwert: Im Bereich der Sensibilisierung sei es schwieriger, Angebote zu den Themen Anti-Diskriminierung, Anti-Rassismus durchzuführen. Gleiches gelte, wenn es darum geht, ein pluralistisches Demokratieverständnis zu vermitteln – vor allem in Kontexten, in denen rechtspopulistisches Gedankengut stark verbreitet ist. Im Bereich des Empowerments wird immer deutlicher, wie wichtig es ist, Räume zu schaffen, in denen sich marginalisierte Zielgruppen sicher und gehört fühlen. Dahingehend ist es eine Herausforderung, Sichtbarkeit zu erreichen, ohne bestimmte Gruppen zusätzlich zu belasten oder weiteren Diskriminierungsrisiken oder Hassrede auszusetzen.

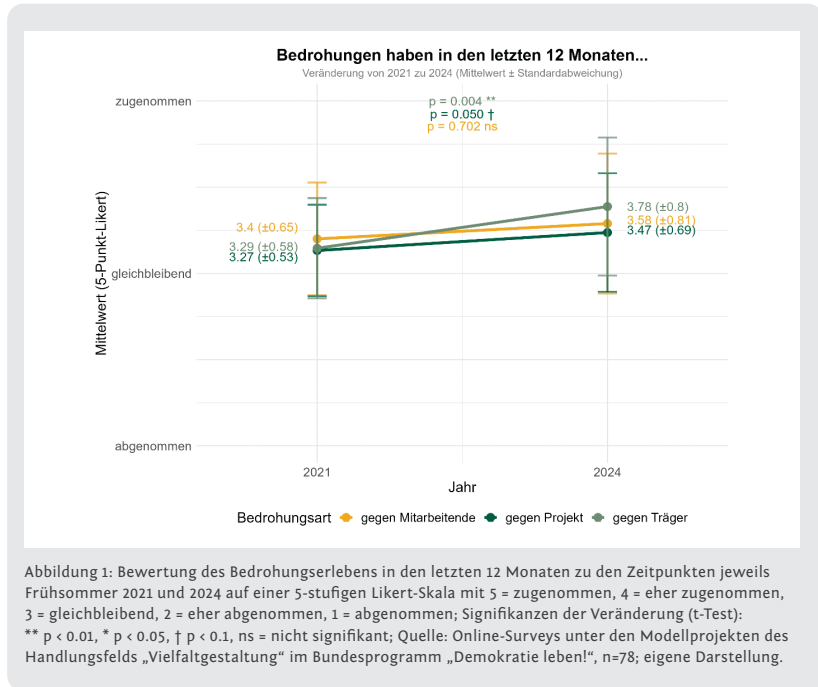
3.1 *Shrinking spaces* und Bedrohungslagen: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird

Es können drei Hauptaspekte identifiziert werden, in denen die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeschränkt wird⁴: erschwerte Umsetzung von Aktivitäten (Sowa et al. 2025), wachsende emotionale Belastung der Projektmitarbeitenden (Albrecht et al. 2025) und zunehmende Sicherheitsbedenken aufgrund ansteigender Bedrohungslage (Sommer/Ratzmann 2022). Im Folgenden soll der Fokus auf die Sicherheitslage gelegt werden.

3.1.1 *Diskriminierung, Hate Speech und Diskreditierung sind an der Tagesordnung*

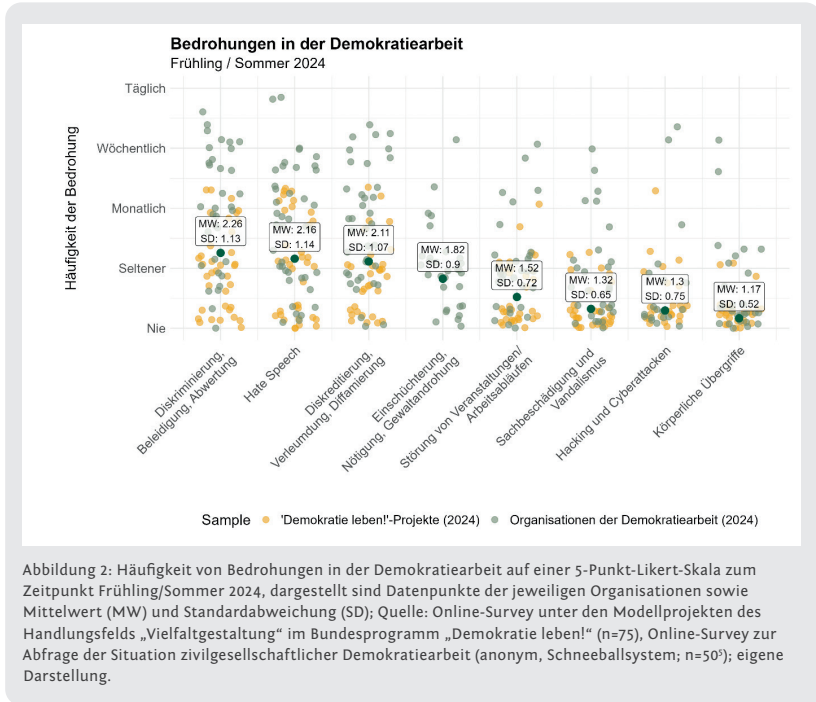
Die befragten Projektmitarbeitenden berichten 2024 signifikant mehr von einer Zunahme der Bedrohungen in den letzten 12 Monaten als noch 2021 (siehe Abbildung 1).

4 Zu den hier genannten Themen wurden mit den Daten der „Demokratie leben!“-Projekte bereits Analysen durchgeführt und in Veröffentlichungen aufbereitet. An entsprechenden Stellen wird auf die jeweiligen Veröffentlichungen verwiesen, die als Ergänzung zu diesem Artikel dienen können.



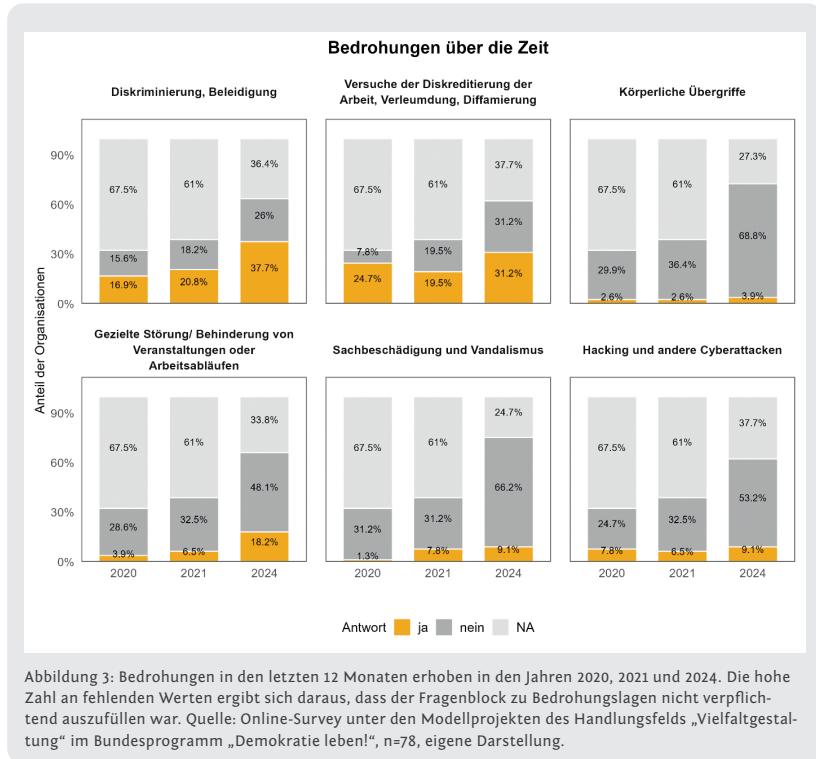
Leber, Mertens und Küpper (2024) identifizieren vier Dimensionen von Bedrohungen, in denen im Folgenden die empirischen Ergebnisse eingeordnet werden:

1. Gewaltbezogene Angriffe äußern sich in Körperverletzung, Beleidigung, Androhung und Sachbeschädigung. In den untersuchten Daten zeigt sich diese Dimension vor allem in Form von Diskriminierung, Beleidigung und Abwertung von Mitarbeitenden. Hier lässt sich in den Antworten der Onlinebefragung unter den „Demokratie leben!“-Projekten ein signifikant ansteigender Trend verzeichnen von 17 Prozent der Organisationen im Jahr 2020 auf 38 Prozent der Organisationen in 2024 ($p < .05$; siehe Abbildung 3).



Außerdem berichten die untersuchten Organisationen von Diskreditierung und Diffamierung sowie von Einschüchterung und Androhung von Gewalt (siehe Abbildung 2). Vereinzelt wurden sogar körperliche Übergriffe auf Mitarbeitende genannt und seit 2020 steigen die Fälle von Sachbeschädigung und Vandalismus (1 Prozent im Jahr 2020, 9 Prozent im Jahr 2024; $p < 0.1$); siehe Abbildung 3). Zudem spielt Hate Speech eine große Rolle. Dazu gehören insbesondere Droh-E-Mails und Hasskommentare auf Social Media. Projektmitarbeitende berichten: „[W]ir sind es gewohnt, dass wir viele Hassnachrichten bekommen“ (49_KI, Pos. 11).

5 Abbildung 2 zeigt, dass die Organisationen des zweiten Samples (Organisationen der Demokratiearbeit 2024) von häufigeren Bedrohungssituationen berichten. Die Datenerhebung für dieses Sample geschah anonym über Schneeballsystem durch ein Netzwerk, in dem sich viele „Migrationsorganisationen“ (Bostanci/Ilgün-Birhimeo Iu 2024) und Organisationen, die zu antimuslimischem Rassismus arbeiten, wiederfinden. Die Ergebnisse der Unterschiede je nach Organisation (siehe 3.1.2) zeigen, dass ebendiese Organisationen besonders unter Druck stehen und vermehrt Anfeindungen erfahren, was die erhöhten Zahlen erklärt.



Zur Analyse des Anstiegs der Bedrohungen von 2020 bis 2024 wurden logistische Regressionen mit Jahr als Prädiktor durchgeführt (fehlende Angaben wurden dabei als „nein“ behandelt). Die Anzahl der fehlenden Antworten ging von 2020 zu 2024 deutlich zurück, was auf eine gesteigerte Sensibilisierung und Aufmerksamkeit für das Thema hindeutet. Während viele Organisationen das Thema 2020 als weniger relevant einzuschätzen schienen, machten sie 2024 Angaben, um ihre Bedrohungserfahrungen zu berichten. Besonders auffällig ist das bei Diskriminierung und Beleidigung (66 Prozent der Organisationen, die 2020 nicht antworteten, verzeichneten 2024 entsprechende Vorfälle)⁶.

2. Politische Interventionen beinhalten Infragestellung der Professionalität, Diskreditierung / Behinderung / Negierung der Arbeit, Entpolitisierung oder politische Markierung durch Dritte und auch Verwehrung von Unterstützung (Lebers/Mertens/Küppers 2024). Ein Drittel der untersuchten Organisationen war mit

⁶ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024) bestätigt diese Beobachtung: Diskriminierungsfälle werden immer häufiger gemeldet und Beratung aufgesucht, während die steigenden Zahlen auch auf zunehmende Diskriminierungen im Alltag hinweisen.

Einschüchterung, Verleumdung und Hassrede konfrontiert. Insbesondere die Störung und Behinderung von Veranstaltungen und Arbeitsabläufen zeigt einen signifikant ansteigenden Trend von 5 Prozent im Jahr 2020 auf 19 Prozent in 2024 ($p < .05$; siehe Abbildung 3). Beispielsweise gab es Vorfälle, bei denen Personen von rechten Parteien und Gruppierungen bei Veranstaltungen aufgetaucht sind (41_KI, Pos. 14–18) oder „massiv Leute hingekommen sind, die bei den [Projektangeboten] gestört haben“ (15_KI, Pos. 42).

3. Das *gesellschaftliche Bedrohungsszenario* aufgrund des Erstarkens der extremen Rechten, mangelnder Solidarisierung, unsicherer Bedingungen von Demokratiearbeit und allgemeiner gesellschaftlicher Verhältnisse stellt laut Leber, Martens und Küpper (2024) ebenfalls eine Einschränkung des Handlungsspielraums für zivilgesellschaftliche Organisationen dar. 72 Prozent der untersuchten „Demokratie leben!“-Projekte gaben an, dass Sparpolitik und Austerität (in Form der verzögerten Haushaltsverhandlungen im Jahr 2023/2024) ein Bedrohungsszenario für den Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen darstellen (Sowa et al. 2025). Zum Zeitpunkt der Erhebungen 2024 berichteten Projektmitarbeitende im Interview, dass es sie „viel beschäftigt [...] wie [rechtsextreme Parteien] agieren, also über Anträge oder Kleine Anfragen“ und „wie viel Energie reingesteckt wird, um ja, letztendlich Symbolpolitik oder Kulturkämpfe auszufechten“ (48_KI, Pos. 16-18).

4. Mit dem gesellschaftlichen Bedrohungsszenario gehen *Bedrohungserwartungen* (Leber/Martens/Küpper 2024) und damit die verbundene Sorge vor Angriffen und deren Folgen für das private Leben, die Demokratiearbeit und die Gesellschaft einher. In den Interviews 2024 wurde berichtet, dass unter den Mitarbeitenden eine erhöhte Verunsicherung und Erschöpfung zu beobachten sei. Die psychische Belastung durch potentielle Bedrohungen und Übergriffe steige an (Albrecht et al. 2025) genauso wie die zusätzliche Arbeitsbelastung durch das Erarbeiten und Umsetzen von Sicherheitskonzepten und -maßnahmen.

3.1.2 Unterschiede je nach Organisationen

Es bestehen besondere Herausforderungen und Bedrohungslagen je nach Region und Organisationstyp. In den Interviews berichteten vor allem Projektmitarbeitende von LGBTQI*- und migrantischen Organisationen von Einschränkung und Verunsicherung ihrer Arbeit durch Einschüchterungsversuche und Drohungen sowie vermehrte Übergriffe und Störungen bei Veranstaltungen. Projektmitarbeitende erzählten beispielsweise von folgenden Vorfällen:

Also wir haben hier Übergriffe auf [muslimische] Gemeinden gehabt, also diese Kackbeutel, die überall hin verschickt wurden, Drohbriefe, Koranverbrennungen, die angekündigt wurden oder irgendwie per Video zugeschickt wurden. (36_KI, Pos. 8)

Wir haben das immer auch aus Partnerprojekten mitbekommen, dass es (...) Angriffe gab (...). In [Ort in Brandenburg] wurde zum Beispiel die Regenbogenflagge abgenommen und eine Hakenkreuzflagge aufgehangen. (52_KI, Pos. 17)

Jüdische und migrantische Organisationen sehen sich schon seit Langem mit Bedrohungen konfrontiert und setzen sich mit Sicherheitsbedenken auseinander. Oft bestehen bereits entsprechende Sicherheitskonzepte, auf die zurückgegriffen werden kann (06_KI, Pos. 10). Organisationen, die zu queeren Themen arbeiten, erfahren jedoch zunehmende Bedrohungen und werden von rechten Bewegungen als Feindbild markiert. Ein:e Projektmitarbeiter:in erläutert, dass die steigende Sichtbarkeit des Themas und die erstarkende Gegenbewegung nun einen Umgang mit der dadurch entstandenen Vulnerabilität vieler Organisationen erfordert (52_KI, Pos. 17). Organisationen, die zu antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus arbeiten, erfahren viele Spannungen und Bedrohungsszenarien seit dem 7. Oktober 2023 (Sowa et al. 2025). Die Organisationen sind mit einer Vielzahl von Aspekten beschäftigt: Es häufen sich Angriffe auf Moscheen und Synagogen; jüdische Organisationen werden von rechts instrumentalisiert; Organisationen müssen sich in einem Klima geprägt von Versammlungsverbieten, Boykott von Veranstaltungen oder Ausladungen von Referent:innen aufgrund bestimmter Positionen bewegen (36_KI, Pos. 18). Diese Organisationen im Speziellen berichteten in den Interviews von angedrohten Angriffen, die teilweise sogar von Sicherheitsbehörden verhindert werden mussten (49_KI, Pos. 20–22), und einer Zunahme an Hassnachrichten.

In ländlichen und strukturschwachen Regionen sind rechte Gruppierungen und Narrative oft stark vertreten („das kriegen wir hier in [Name der Stadt] wenig mit, aber in den Provinzen, da ist das schon heftig“; 12_KI, Pos. 117–118). Dies betrifft auch einzelne Mitglieder von Sicherheitsfirmen und -behörden, wodurch sich die Zusammenarbeit mit ebendiesen oft erschwert, selbst dann, wenn Organisationen sie für den eigenen Schutz benötigen. Viele dieser Regionen, die als ländlich und sozioökonomisch benachteiligt kategorisiert werden können (Becker et al. 2024a), mit starken rechten Tendenzen, liegen in ostdeutschen Gebieten. Die Auswirkungen auf die Demokratietarbeit zeigt sich auch in den Daten: Mitarbeitende aus Organisationen, die in Ostdeutschland tätig sind, haben signifikant mehr Sorgen vor Veränderungen des politischen Klimas, Diskursverschiebungen, Stigmatisierung und Wahlerfolgen rechter Parteien als befragte Mitarbeitende, die vorrangig Projektaktivitäten in Westdeutschland durchführen. Die Notwendigkeit regionaler Vernetzung und Unterstützungsstrukturen ist deshalb in diesen Regionen umso größer.

3.2 Reaktionen und Gegenstrategien

Zivilgesellschaftliche Organisationen zeigen Reaktionen und Gegenstrategien in drei Richtungen: Paralysis (Lähmung und Rückzug), Sicherheitsvorkehrungen und Allianz-Bildung (Ausweitung der Angebote und Vernetzung) (Sowa et al. 2025; siehe Abbildung 4).



Paralysis, verlangsamte Arbeitsabläufe und Rückzug: Eingeschränkte Handlungsfähigkeit und Sichtbarkeit aufgrund der oben dargelegten Dimensionen von Bedrohungen führen zu einem Rückzug aus öffentlichen Räumen (z. B. Erstgespräche nur digital) und Einschränkungen von öffentlichen Veranstaltungen (z. B. Absage von Vernetzungsstammtischen), um störenden Personen keine Angriffsfläche zu bieten (49_KI, Pos. 46–49). Entsprechend gehen Sicherheitsbedenken mit einem Verlust von Vernetzung und Austausch und auch eingeschränkter Sichtbarkeit der Angebote einher. Auch wenn die Organisationen selbst nur wenige ihrer geplanten Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen absagen (8 Prozent, siehe Tabelle 1), wurden manche Veranstaltungen von Kooperationsbeteiligten abgesagt, denen das „Thema aktuell zu heikel [ist] und [die] das erstmal aufschieben oder grundsätzlich stornieren [möchten]“ (06_KI, Pos 8).

Sicherheitsvorkehrungen: Als Antwort auf Bedrohungsszenarien werden Schutz- und Präventionskonzepte ausgearbeitet, um Mitarbeitende und Teilnehmende zu schützen, was in Tabelle 1 dargestellt ist.

DeZIM-Institut		BEWARE-Projekt (Lebers, Martens, Küpper 2024: 10)	
Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen	52 %	Besondere Veranstaltungskonzepte	77 %
Austausch mit Fachberatungsstellen und Beratungseinrichtungen	52 %	Kollegiale Fallberatung	80 %
Meldung von Inhalten in sozialen Medien	44 %		
Interne Dokumentation der Übergriffe	40 %		
Entfernen von Kontaktdaten aus dem Netz	38 %	Verringerung der Sichtbarkeit des Projekts	17 %
		Reduktion öffentlicher Details	58 %
Sicherheitsvorkehrungen im Büro	38 %		
Meldung von Vorfällen an externe Stellen	36 %		
Gezielte Gegenrede online	36 %		
Schulung der Mitarbeitenden	34 %	Angebote zur Förderung des Teamzusammenhalts	63 %
Zusätzliche personelle Unterstützung	32 %		
Beantragen von Auskunftssperren (z. B. Melderegister)	28 %		
Zuvor öffentliche Veranstaltungen in geschlossenen Formaten	24 %		
Einstellung/Einschränkung Social-Media-Aktivitäten	22 %		
Strafanzeige	20 %	Erstattung von Strafanzeige	15 %
Online-Sicherheit / Schutz vor Cyberattacken	16 %		
Keine Reaktion / Ignorieren	16 %	Keine direkte Reaktion	12 %
Absage von Veranstaltungen	8 %		
Änderung von Örtlichkeiten oder Adressen	2 %		

Tabelle 1: Ergebnisse Sicherheitsvorkehrungen und Maßnahmen; Quelle: Online-Survey 2024 zur Abfrage der Situation zivilgesellschaftlicher Demokratiarbeit; Schneeballsystem, n=50; DeZIM-Institut. Im Vergleich die Werte aus dem BEWARE-Projekt (Lebers/Martens/Küppers 2024), sofern ähnliche Items erhoben wurden (die Werte zu „primärer Strategie“ und „vereinzelt durchgeführt“ wurden addiert); eigene Darstellung.

Die Maßnahmen beinhalten neben Vorbereitungen und Recherche zu Räumlichkeiten, Ort und regionalen Gegebenheiten auch Überlegungen zu An- und Abreise, Kooperation mit privaten Sicherheitsfirmen, Sicherheitstrainings, Supervision und

emotionale Unterstützung (50_KI, Pos. 23; 13_KI, Pos. 6): „[D]a ist es regelmäßig so, dass man tatsächlich gucken muss, wer meldet sich da an und das, was wir früher auch nie gemacht haben, dass man sich die Namen anguckt oder dass man mit Veranstaltern vorher kommuniziert“ (15_KI, Pos. 42). Auch die Sicherheitslage in Büros wird geprüft und beispielsweise eine Sicherheitsanlage in Budgets mitbedacht (61_KI, Pos. 108). Diese Maßnahmen erfordern erhöhte Ressourcen und „mach[en] natürlich einen finanziellen (...) und Kraftaufwand“ (66_KI, Pos. 6; siehe auch Sowa et al. 2025).

Allianz-Bildung, Zusammenschlüsse und neue Aktivitäten: Um den Bedrohungsszenarien und Sicherheitsbedenken entgegenzuwirken, werden viele zivilgesellschaftliche Initiativen aktiv. Eine zentrale Strategie ist es, Austauschräume, Workshops und Strukturen zu schaffen, um über die Bedenken zu sprechen und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln. Es finden auch immer mehr Tagungen und Veranstaltungen zu ebendiesem Thema statt.

Tatsächlich eher in so einem offenen Austausch (...) ein Forum zu schaffen und auch Trainer:innen, Eltern etc. eine Plattform zu geben, um über ihre Bedenken zu sprechen und zu schauen, was man da machen kann und vor allem nochmal ganz deutlich die Abläufe klarzumachen, wenn Vorfälle passiert sind. (06_KI, Pos. 10)

Es gibt Entwicklungen und Gegenstrategien, von denen die Mitarbeitenden berichten, die ihnen Hoffnung machen: Zunehmende Demonstrationen und zivilgesellschaftliches Engagement, Vernetzung und Kooperationen als Gegenkraft (siehe Abbildung 4). Ein Projektmitarbeiter aus Sachsen stellt dazu fest: „einen riesigen Zuwachs an Menschen, die auf die Straße gehen gegen rechts und sich auch engagieren wollen, dauerhaft. Viel mehr als je zuvor. Das ist positiv. Aber es steigen damit auch massiv die Angriffe von den Neonazis gegen Leute, die sich engagieren“ (12_KI, Pos. 117–118). Eine weitere interviewte Projektmitarbeiterin macht dies im Zusammenhang einer postmigrantischen Gesellschaft und den damit verbundenen Aushandlungsprozessen in Bezug auf Deutschland als Einwanderungsland deutlich:

Es ist immer so eine Gleichzeitigkeit (...). Aufgrund dessen, was wir an Bedrohung sehen von rechts, kommen mehr Leute zu dem Schluss, oh je, wir müssen uns damit beschäftigen. Aber gleichzeitig werden auch die Räume enger, in denen das problemlos möglich ist. (...) Zukünftig würde ich sagen, dass die Frage von Migration und der Regelung von Migration natürlich eine ganz, ganz große Rolle spielt und die Frage sozusagen, schafft Deutschland es sich zu verstellen als progressives Einwanderungsland, das ohne Einwanderung untergeht oder nicht? Und geht es dann einfach unter? (55_KI, Pos. 30)

Viele der Interviewten sind sich einig: Die (Zivil-)Gesellschaft fühle sich einerseits bedroht und andererseits werde sie aktiv (66_KI, Pos. 12). Darin zeigt sich die Gleichzeitigkeit von Einschränkungen durch bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen und proaktivem Engagement, um genau dem entgegenzutreten.

4. Zwischen Demokratieförderung und (Selbst-)Verteidigung

4.1 Zentrale Erkenntnisse zu Bedrohungslagen

Die Untersuchungen mit 50 anonymen Organisationen der Demokratiarbeit und 78 „Demokratie leben!“-Projekten aus dem Handlungsfeld Vielfaltgestaltung verdeutlichen sowohl die Bedrohungslagen postmigrantischer, zivilgesellschaftlicher Organisationen als auch deren Reaktionsstrategien. Die Ergebnisse bestätigen die Befunde des Projekts „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ (Leber/Martens/Küpper 2024). In allen Erhebungen sind digitale Interventionen wie Hate Speech, verbale Bedrohungen und Diskriminierung sowie Diskreditierung am häufigsten genannt. Weniger häufig, aber dennoch präsent sind Sachbeschädigungen und vereinzelt sogar körperliche Übergriffe. Diese Bedrohungslagen führen teilweise zu Rückzug aus dem Engagement, verlangsamten Arbeitsabläufen und personeller und emotionaler Belastung und damit verbundener „Lähmung“ der Mitarbeitenden und Organisationen (Sowa et al. 2025). Die betroffenen Organisationen reagieren aber auch reaktiv und proaktiv, indem sie Austauschräume und Beratungsangebote schaffen oder diese in Anspruch nehmen. Zudem entwickeln sie Schutzkonzepte und ergreifen Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere bei Veranstaltungen und bezüglich öffentlicher Informationen und Kontaktdaten.

4.2 Einordnung: *contested spaces* statt *shrinking spaces*

Im Kontext der Debatten über *shrinking civic spaces* liefert dieser Beitrag empirische Erkenntnisse dazu, dass nicht nur staatliche Interventionen den zivilgesellschaftlichen Raum einschränken. Auch Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteur:innen und sich verändernde öffentliche Diskurse beeinflussen den zivilgesellschaftlichen Raum (Strachwitz/Toepler 2022: 180; Hummel 2024). Anfeindungen und Bedrohungen des postmigrantischen zivilgesellschaftlichen Engagements sind nicht die Ausnahme, sondern regelmäßig Realität. Dabei zeigen sich Ambivalenzen in Bezug auf die Stärkung und Fragilität von Engagement im Bereich Demokratiarbeit, Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierungsarbeit. Konkrete Bedrohungen und latente Sorgen schränken den Handlungsspielraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen ein. Diese Räume werden aber durch verstärktes politisches Engagement und insbesondere durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen verteidigt. Dies weist darauf hin, dass es sich weniger um eine Entwicklung der *shrinking spaces* als um *contested spaces* handelt (Hummel 2020).

Katja Nonn postuliert zwar, es sollte „nicht [die] Aufgabe [von Akteur:innen in der Demokratiarbeit] sein, sich über Schutzkonzepte Gedanken zu machen. Das sollten andere Leute machen, deren Job das ist“ (Wunderlich/Nonn/Kamuf 2024: 162). Aber auch die Realität geschildert im Datenmaterial dieses Artikels zeigt, dass Organisationen der Demokratiarbeit zunehmend selbst Schutzkonzepte erarbeiten und dies als essentiellen Teil ihrer Arbeit verstehen. Dafür wenden sie zumeist eigene

Ressourcen auf, da der Schutz durch offizielle Stellen oft unzureichend ist (Czollek 2024: 210; Wunderlich/Nonn/Kamuf 2024: 162).

4.3 Handlungsempfehlungen

Über zwei Drittel der im Sommer 2024 befragten Organisationen wünschen sich mehr öffentliche Unterstützung und klare Solidaritätsbekundungen aus der Politik, bessere Beratungsangebote bei konkreten Vorfällen und Unterstützung in rechtlichen Fragen (Weiberg/Schöll 2025). Die Politik sollte Prävention durch gezielte Maßnahmen, Handreichungen und Beratungsangebote stärken. Das Demokratieförderungsgesetz mit Unterstützung aller demokratischen Parteien endlich voranzubringen könnte hierbei einen maßgeblichen Beitrag leisten (Weiberg/Schöll 2025).

Für eine resiliente emanzipatorische, pro-demokratische Zivilgesellschaft (Peters et al. 2024) ist es für zivilgesellschaftlich Agierende essentiell, Allianzen zu bilden, Kooperationen einzugehen und vernetzt zu agieren. Dies ermöglicht, gegenseitig Sicherheit und Unterstützung zu gewährleisten und Zusammenhalt zu erfahren (Ayivi 2024: 246). Gute Beispiele für das aktive Entgegenreten sind die Website „European Shrinking Space Plattform“ (Maecanta Institut o. D.), die Leitfäden zu Hass, Gewalt & Lügen im Netz von HateAid (2024), die Handreichungen zum Umgang mit Hass und Gewalt oder rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen der MBR (2017) und spezielle Handreichungen für (post-)migrantische Organisationen wie das YourSafetyKit (Andreeva/Benoit/Sisouphantavong 2024).

5. Fazit

Die Analyse der Bedrohungslagen zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Demokratietarbeit und Vielfaltgestaltung verdeutlicht, dass die postmigrantische Zivilgesellschaft in einem zunehmend komplexen Spannungsfeld zwischen Demokratieförderung und Demokratieverteidigung agiert. Dies wirft die zentrale Frage auf, wie Demokratietarbeit unter den Bedingungen des *shrinking space* bzw. im *contested space* aufrechterhalten werden kann, wenn Organisationen einer Realität von emotionaler Belastung und Rückzug aus dem Engagement gegenüberstehen. Antidemokratische Tendenzen, konkrete Bedrohungen und Übergriffe machen psychische Unterstützungssysteme und konkrete Sicherheitskonzepte notwendig. Resilienz in der emanzipatorischen Zivilgesellschaft erfordert sowohl individuelle und organisationale Stärkung (Peters et al. 2024) als auch strukturelle Schutzmaßnahmen. Eine starke, resiliente Demokratie zu fördern und zu erhalten bleibt dabei nicht nur ein Ziel, sondern wird zur existenziellen Herausforderung einer (Zivil-)Gesellschaft, die zugleich die pluralistischen Grundsätze gegen antidemokratische Kräfte behaupten muss.

Literaturverzeichnis

- Andreeva, Liubov; Benoit, Améthyse; Sisouphantavong, Sarah (2024): Your SafetyKit – Eine Handreichung zur Erstellung von Schutzkonzepten für (post-)migrantische Organisationen in Ostdeutschland. Berlin. https://static1.squarespace.com/static/666064c3cbf1d45f5dba618a/t/67fe37663892c47a6a7c9c1f/1744713578059/YourSafetyKit_Handreichung+zur+Erstellung+von+Schutzkonzepten.pdf (20.7.2025).
- Anheier, Helmut; Lang, Markus; Toepler, Stefan (2019): Civil society in times of change. Shrinking, changing, and expanding spaces and the need for new regulatory approaches. In: *Economics*, 13. Jg., Heft 8, S.1–27, <https://doi.org/10.5018/economics-ejournal.ja.2019-8%0A>.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): Jahresbericht. <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/jahresberichte/2024.html>. (31.8.2025).
- Albrecht, Yvonne; Prytula, Andrea; Engel, Lena; Kiliç, Melisa (2025): Holding So Much Fear and Pain – Emotional Labour of Civil Society Actors in Germany in Times of Polarisation (submitted for review).
- Aydemir, Fatma; Yaghoobifarah, Hengameh (2024): Vorwort. In: Aydemir, Fatma; Yaghoobifarah, Hengameh (Hrsg.): *Eure Heimat ist unser Albtraum. Erweiterte Ausgabe*. Berlin. S. 9–12.
- Ayivi, Simone Dede (2024): Zusammen. In: Aydemir, Fatma; Yaghoobifarah, Hengameh (Hrsg.): *Eure Heimat ist unser Albtraum. Erweiterte Ausgabe*. Berlin. S. 238–250.
- Becker, Carlos; Kemeti, Eleni; Sassmanhausen, Jan; Schwall, Talisa (2024a): Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Raumtypologie, Praxis und Gelingensbedingungen der Engagementförderung. Kurzbericht. Frankfurt am Main.
- Becker, Reiner; Bohn, Irina; Einwächter, Sophie; Küpper, Beate; Reinfrank, Timo; Schmitt, Sophie (2024b): *Demokratierelevante Bedrohung. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*. Frankfurt am Main.
- Bostancı, Seyran; Ilgün-Birhimeoğlu, Emra (2024): Postmigrantische Gesellschaft. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Frankfurt am Main, S. 161–172, <https://doi.org/10.5771/9783748936497-161>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2022): Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!) vom 5. August 2019 mit Änderungen vom 20. Oktober 2021 und 5. August 2022. In: Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) (Hrsg.): *Gemeinsames Ministerialblatt*, 73 (35), S. 810–812.
- Czollek, Max (2024): *Gegenwartsbewältigung*. In: Aydemir, Fatma; Yaghoobifarah, Hengameh (Hrsg.): *Eure Heimat ist unser Albtraum. Erweiterte Ausgabe*. Berlin. S. 201–215.
- Foroutan, Naika (2019): *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld.
- Foroutan, Naika (2022): Das postmigrantische Paradigma: Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse in pluralen Demokratien. In: Sievers, Wiebke; Bauböck, Rainer; Josipovic, Ivan; Karabegović, Dženeta; Shinozaki, Kyoko (Hrsg.): *Jenseits der Migrantologie: Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven der Migrationsforschung*. Jahrbuch Migrationsforschung Nr. 6. Wien, S. 33–53, <https://doi.org/10.1553/978OEAW90493>.
- Foroutan, Naika (2024): *Postmigrantische Gesellschaft in der Krise. Zwischen Migrationsabwehr und Migrationsbedarf*. Aus Politik und Zeitgeschichte. <https://www.bpb.de/shop/>

- zeitschriften/apuz/flucht-und-migration-2024/555933/postmigrantische-gesellschaft-in-der-krise/ (27.1.2025).
- HateAid (2024): Hass, Gewalt & Lügen im Netz sind nicht Teil des Jobs. Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt. <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/02/hateaid-leitfaden-umgang-mit-digitaler-gewalt-2025.pdf> (20.7.2025).
- Hayes, Ben et al. (2017): On „shrinking space“. A framing paper. Amsterdam. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf (20.12.2024).
- Hummel, Siri (2020): Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33. Jg., Heft 3, S. 649–670, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0056>.
- Hummel, Siri (2024): Shrinking Space. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Frankfurt am Main, S. 185–196, <https://doi.org/10.5771/9783748936497-185>.
- Gensing, Patrick (2024): Achtung Reichelt: Nius und die NGO-Verschwörungslegende. In: *Belltower.News*, 3.7.2025. <https://www.belltower.news/achtung-reichelt-nius-und-die-ngo-verschwuerungslegende-160853/> (31.8.2025).
- Kuckartz, Udo (2012): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim.
- Leber, Tina; Mertens, Fabian; Küpper, Beate (2024): Bedrohungen der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Kurzbericht aus dem Projekte BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen. https://diak.org/wp-content/uploads/2024/09/beware_bedrohung_der_zivilgesellschaftlichen_demokratiearbeit_kurzbericht_20240903.pdf (20.7.2025).
- Lenhart, Karin; Roth, Roland (2023): Anti-Diskriminierung als zivilgesellschaftliches Projekt. In: Scherr, Albert; Reinhardt, Anna Cornelia; El-Mafaalani, Aladin (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden, S. 615–638, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42800-6>.
- Litschko, Konrad (2024): Zivilgesellschaft unter Druck – Riskante Demokratiearbeit. In: *taz*, 15.3.2025. <https://taz.de/Zivilgesellschaft-unter-Druck/!6016225/> (2.9.2025).
- Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft (o. D.): *European Shrinking Space Platform*. <https://shrinking-space.eu/en> (20.7.2025).
- Merkel, Wolfgang (2024): Demokratische Resilienz als Konzept. In: Nida-Rümelin, Julian; Greger, Timo; Oldenbourg, Andreas (Hrsg.): *Normative Konstituenzen der Demokratie*. Berlin/ Boston, S. 341–358.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (2017): *Wachsam sein: Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen*. Berlin. https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/mbr_broschuere_wachsamsein_Web_klein.pdf (20.7.2025).
- Monroy, Matthias (2025): Orchestrierte Antisemitismusvorwürfe gegen Vereine. In: *Neues Deutschland*, 23.5.2025. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1192091.welt-union-afd-und-zentralrat-orchestrierte-antisemitismusvorwurfe-gegen-vereine.html> (31.8.2025).
- Neue Deutsche Medienmacher*innen (o. D.): *NdM-Glossar – Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft*. <https://glossar.neuemedienmacher.de> (15.8.2025).
- Ohlendorf, Vera (2025): Demokratiearbeit in Gefahr – Der Schutz der Zivilgesellschaft muss jetzt politische Priorität haben. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

- demokratiearbeit-in-gefahr-der-schutz-der-zivilgesellschaft-muss-jetzt-politische-prioritaet-haben-133365/ (15.3.2025).
- Peters, Stephan; Kny, Josefa; Scheffel, Franka; Ullrich, Angela (2024): Nicht kleinzukrisen – Was die Zivilgesellschaft resilient macht. Berlin. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.34051.72482>.
- Reinfrank, Timo (2025): „Der NGO-Komplex“ SPIEGEL-Bestsellerliste listet rechtsextremes Framing. In: Belltower.News, 4.6.2025. <https://www.belltower.news/der-ngo-komplex-spiegel-bestsellerliste-listet-rechtsextremes-framing-160351/> (31.8.2025).
- Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. Aus Politik und Zeitgeschichte. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/267942/frauenfeindlich-sexistisch-antifeministisch/> (31.8.2025).
- Schöll, Anja; Schmit, Lisa (2025): Innovativ und widerstandsfähig: wie Zivilgesellschaft das post-migrantische Deutschland trotz Krisenzeiten und antidemokratischen Kräften gestaltet. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Uncivil Society – „Schattenseiten“ der Zivilgesellschaft, Band 17. Jena, S. 198–211.
- Sommer, Moritz; Ratzmann, Nora (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft – Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DeZIM Research Notes 10. Berlin. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5334.pdf (27.1.2025).
- Sowa, Christian; Ramadan, Ebtisam; Schöll, Anja; Sträter, Till (2025, in press): Between Restrictions and Reactions: Civil Society in Times of Multiple Crises in Germany – a Shrinking Space for Post-Migrant Alliances? (submitted for review).
- Strachwitz, Rupert Graf; Hummel, Siri (2024): Civil Society is Here to Stay! A Report on the Shrinking Civic Space Project (2019–2023). Opuscula 186. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-92596-5> (2.9.2025).
- Strachwitz, Rupert Graf; Toepler, Stefan (2022): Contested Civic Spaces in Liberal Democracies. In: Nonprofit Policy Forum, 13. Jg., Heft 3, S. 179–193, <https://doi.org/10.1515/npf-2022-0026>.
- Troschke, Hagen (2024): Zivilgesellschaft in Deutschland: Daten, Fakten, Entwicklungen. Opuscula 188. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-93241-7> (2.9.2025).
- Weiberg, Mirjam; Schöll, Anja (2025): Schwindende Räume – Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird. DeZIM Briefing Notes. Berlin.
- Weiberg, Mirjam et al. (2025): Vielfalt stärken, Demokratie gestalten. Transfer und organisationaler Wandel in der Zivilgesellschaft. 5. Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des BMBFSFJ, 01.01.2024–31.12.2024. DeZIM Project Report #16. Berlin.
- Wunderlich, Svea; Nonn, Katja; Kamuf, Viktoria (2024): Bedrohtes Engagement – über Gefährdungen und Gegenstrategien der lokalen Zivilgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Sicherheit – Schlüsselbegriff einer offenen Gesellschaft. Band 16. Jena, S. 154–165.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn.